



Interviews

27. Juni 2024

EU-Gipfel: Politikwechsel in Brüssel? - Philipp May im Interview mit Rene Repasi, SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments

Philipp May: Am Telefon ist jetzt einer, der Ursula von der Leyen bald wählen soll, der Europaabgeordnete Rene Repasi von der SPD. Guten Morgen, Herr Repasi.

Rene Repasi: Hallo! – Guten Morgen.

May: Glauben Sie, am Personaltableau wird heute noch einmal gerüttelt?

Repasi: Nein! Ich denke nicht, dass da heute noch mal gerüttelt wird. So wie es im Vorbericht von Herrn Kapern geschildert worden ist, sind die Namen schon lange bekannt. Die Rahmenbedingungen haben sich noch ein wenig verschoben, aber daran dürfte sich jetzt auch nichts mehr ändern.

May: Werden Sie Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin wählen?

Repasi: Ich kann es nicht ausschließen. Aber die Sache ist die: Das hängt für mich und auch meine SPD-Kolleginnen und Kollegen davon ab, was jetzt Frau von der Leyen für ein politisches Programm aufstellt. Was der Rat jetzt gemacht hat, ist nichts anderes, als sie zur Kandidatin auszurufen. Als solche muss sie jetzt im Europäischen Parlament eine Mehrheit zusammensammeln und da verlangen wir, dass in ihrem politischen Programm sozialdemokratische Inhalte vorkommen und keine rechtsradikalen Zugeständnisse. Dann können wir uns gut vorstellen, sie auch zu wählen.



Interviews

May: Das haben Sie gesagt, keine Kungelei der Europäischen Volkspartei mit der extrem rechten ECR-Fraktion, Georgia Meloni. Wo fängt Kungelei beziehungsweise Zusammenarbeit, Zugeständnisse an für Sie?

Repasi: Der einzige Maßstab, den wir effektiv haben, ist das, was in Frau von der Leyens politischem Programm drinsteht. Wir können die Abgeordneten rechts der Christdemokraten nicht davon abhalten, Frau von der Leyen zu wählen, und da können sie ihre Motivation haben wie auch immer. Wir wollen bei dem, was wir prüfen können, allerdings sehen, dass es dafür keine Zugeständnisse an diese politische Strömung gibt, und das kann man dem politischen Programm schon entnehmen.

May: Dann machen Sie mal ein Beispiel. Verschärfung bei der Asylpolitik, wäre das zum Beispiel etwas?

Repasi: Das ist genau dieses Politikfeld, was wir uns dann ganz genau anschauen werden. Die SPD hat sich immer gegen das sogenannte Ruanda-Modell aufgestellt. Das heißt, dass Asylverfahren in Drittstaaten durchgeführt werden, beziehungsweise Asylbewerber in Drittstaaten abgeschoben werden, aus denen sie eigentlich nicht kommen. Das wäre eines dieser Modelle, wo wir schon sehr kritisch werden, was das betrifft.

May: Wenn ich da direkt einhaken darf? – Nun ist aber das Ruanda-Modell auch mittlerweile zumindest hier in Deutschland bei der CDU kein Zugeständnis an irgendwelche Rechten. Das haben die selbst vor als CDU, als Europäische Volkspartei. Das wäre dann ja noch kein Zugeständnis.

Repasi: Wir müssen sehen, ob das im politischen Programm drinsteht. Die CDU hat das eine oder andere gefordert wie zum Beispiel das Aus des Verbrenner-Aus, das hier, glaube ich, keine Mehrheiten haben wird, auch innerhalb der EVP. Dementsprechend zählt für mich, was in diesem europäischen Programm drin ist, und nicht, was die CDU mal fordert.

May: Verbrenner-Aus, wenn das drinstehen würde, dann würden Sie noch mal darüber nachdenken, Ursula von der Leyen zu wählen? Das Drittstaatenmodell bei den Asylbewerbern, das wäre ein Punkt, das darf da nicht drinstehen?

Repasi: Das ist so klar.



Interviews

May: Was darf denn überhaupt drinstehen?

Repasi: Viel, viel anderes! Wir müssen uns über die Fragen von Industriepolitik, über Wettbewerbsfähigkeit anschauen. Aus unserer sozialdemokratischen Sicht müssen wir am sozialen Europa weiterbauen. Es geht um die Frage, wie wir die Wohnraumkrise lösen können, wo wir das Beihilfenrecht lockern müssen. Es geht um die Frage, dass wir vor allen Dingen europäische Investitionen brauchen. Die Debatte haben wir ja auch heute, Stichwort Finanzierung der gemeinsamen Verteidigungsbeschaffung. Da gibt es sehr viele Punkte, die auch deutlich wichtiger sind als die anderen genannten Punkte, wo wir von Frau von der Leyen auch klare Ansagen erwarten.

May: Aber letztendlich ist es ja nur ein Absichtspapier. Es könnte beispielsweise sein, dass sie es jetzt nicht reinschreiben. Dann bekommt von der Leyen die Stimmen von Ihnen, den Sozialdemokraten, wahrscheinlich auch die Stimmen vieler Grüner, hätte damit ihre Mehrheit sicher, und trotzdem könnte sie es danach ja problemlos machen, dann mit den Stimmen vom ECR.

Repasi: Ja, das ist in der Tat richtig. Politik ist ein Geschäft, das auf Vertrauen aufbaut, und insoweit muss man die handelnden Politikerinnen und Politiker zunächst einmal daran messen, was sie sagen. Da erwarten wir klare Aussagen und Ansagen von Frau von der Leyen. Wenn das in den kommenden vier bis fünf Jahren enttäuscht wird, dann gibt es ja Instrumente, die ein Parlament auch in der Hand hat, das anders zu machen. Wenn etwa die Christdemokraten dann versuchen, mit den Rechten Gesetzgebungsvorschläge zu verwässern, aber dann von uns den proeuropäischen Segen im Plenum haben wollen, dann werden wir den verweigern. Dann müssen sie der europäischen Öffentlichkeit erklären, warum sie Gesetze mit den Faschisten zusammen beschließen.

May: Wäre aber ein leichter Rechtsruck in der europäischen Politik nach der Europawahl, in der die Rechten insgesamt stärker geworden sind, nicht auch demokratisch, ob man es nun mag oder nicht?

Repasi: Das hängt immer von der Definition, was eigentlich rechts ist, ab. Für mich ist die EVP eine Partei der Mitte, so wie wir als Sozialdemokratie auch, wir allerdings links der Mitte, sie rechts der Mitte. Das ist aber alles für mich proeuropäischer demokratischer Konsens. Dann erst fängt es an, problematisch zu werden. Da sprechen wir aber von bestenfalls



Interviews

einem Drittel der Mitglieder im Europäischen Parlament. Wir haben eine Zwei-Drittel-Mehrheit der proeuropäischen Kräfte. Insoweit ist das so eine Sache mit dem Rechtsruck. Die EVP muss für sich entscheiden, ob sie jetzt die Türen öffnet nach rechts, und dann wird das ein seriöses Problem. Wenn die Christdemokraten allerdings im proeuropäischen Konsens bleiben, dann ist da von einem Rechtsruck erst einmal noch nicht so viel zu spüren, und eine Zwei-Drittel-Mehrheit pro Europa reicht meines Erachtens dicke aus, auch weiter proeuropäische Politik zu betreiben.

May: Wie sieht es mit dem Green Deal aus? Ist der jetzt ad acta gelegt wegen der politischen Realitäten?

Repasi: Das meine ich nicht, weil auch in der EVP es ja nicht so ist, dass man den Green Deal rückabwickeln möchte. Wir haben viel Gesetzgebung in den letzten fünf Jahren gemacht und jetzt kommt es auf die Umsetzung an. Da in der Tat muss man schauen, dass wir eine Umsetzung hinbekommen, die die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt und die industriepolitisch ausgerichtet ist, dass Unternehmen, die jetzt massiv ihre Geschäftsmodelle ändern müssen, da auch die notwendige Unterstützung bekommen. Deswegen ist der Green Deal nicht abgesagt, ganz im Gegenteil. Wir müssen jetzt noch stärker uns daransetzen, die Chancen, die darin liegen, auch für die deutschen und die europäischen Unternehmen zu schöpfen.

May: Jetzt haben wir viel über die parlamentarische Arbeit gesprochen. Schauen wir auf das, was auf dem Gipfel heute passiert. Schauen Sie auch für Ihr Wahlverhalten beispielsweise darauf, was heute Meloni möglicherweise beim EU-Gipfel für Zugeständnisse gemacht werden?

Repasi: Selbstverständlich! Wir müssen allerdings auch sehen, dass der Rat der Rat ist. Das heißt, Frau Meloni wird hier als italienische Premierministerin behandelt und nicht als Vertreterin der EKR. Im Parlament kann man diese Trennung zwischen Italien und EKR nicht machen, sondern da ist es eine Truppe und da muss man schon schauen, was da am Ende des Tages tatsächlich passiert. Aber so, wie sich Frau Meloni im italienischen Parlament aufgestellt hat, mit ihrer Agenda gegen die EU, bin ich mir da auch nicht so sicher, ob sie gerade besonders populär ist für Zugeständnisse.

May: Es könnte durchaus sein, dass von der Leyen Italien einen mächtigen Kommissar-Posten zusichert, beziehungsweise die anderen im Europäischen Rat. Steht ihr der zu, oder



Interviews

wäre das schon schwierig, wenn sie beispielsweise für Migration und Grenzschutz einen Kommissar-Posten bekommt?

Repasi: Italien ist ein großes Mitgliedsland und als solches einflussreich und dementsprechend auch bei den Portfolios der Kommissare entsprechend zu berücksichtigen. Dann muss Italien einen Kandidaten dafür aufstellen, der von uns im Europäischen Parlament geprüft wird. Wenn der hier nicht für geeignet ist und durchfällt, dann geht es ins Nachsitzen. Deswegen: Zugeständnisse an das Portfolio, das wäre jetzt für mich nichts, wo ich sagen würde, das ist eine rote Linie, aber die Art und Weise, wie dieses Portfolio ausgefüllt wird, schon. Da hat Frau von der Leyen mit ihrer Kompetenz was zu sagen und der Kandidat, der von Italien geschickt wird, gibt da klare politische Aussagen, aber da haben wir auch noch Instrumente als Parlament, um da einzugreifen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.